

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Hies
Halle a. S. Jul. Barkow & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
63. Sitzung vom 4. Mai.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
um 12 Uhr.

Der Gesandtenrat betr. die Regelung der
Verhältnisse der durch die Eisenbahn-Verwaltungs-
reform entbehrlich werdenden Beamten wird in
dritter Lesung angenommen, ebenso die Staats-
verträge zwischen Preußen und Hessen betr. eine
Eisenbahn von Salzkirch nach Schilt und
zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin
betr. eine Eisenbahn von Rostock über Gültze
nach Tribsees.

Regierungs-Kommissar Geheimer Finanzrath
Schneider bemerkt auf eine frühere Anfrage des
Abg. R. a. h. (fr.), daß die Regierung damit be-
schäftigt sei, für die disponibel werdenden Beamten
der Verwaltung der indirekten Steuern in ähn-
licher Weise zu sorgen, wie für die Beamten der
Bahnenverwaltung in dem zuerst erwähnten Ge-
setze. Das Gesetz werde in der nächsten Session
dem Landtage zugehen.

Hierauf berichtet namens der Budget-Kom-
mission der

Abg. Dr. Sattler (natl.) über die
Finanzlage des preussischen Staates. Die Kom-
mission empfiehlt eine Resolution dem Hause zur
Annahme: zu erklären: 1. Es ist eine unge-
messene Schuldentilgung auf gesetzlicher Grund-
lage zu streben, 2. eine Verkleinerung des Eisen-
bahngarantiefestes herbeizuführen, welche die
über einen bestimmten Betrag hinausgehenden
Ueberschüsse der Staatsbahnen der Verwendung
für allgemeine Staatszwecke entzieht, 3. eine feste
Abgrenzung der Beiträge Preußens an das Reich
und ferner zu verlangen, daß letzteres für seine
Aufgaben die nötigen Mittel aus seinen eigenen
Steuereinkünften aufbringt und auch für Ueber-
weisungen aus die Einzelstaaten in einer die
Matrikularumlagen übersteigenden Höhe Sorge
trägt.

Der Referent empfiehlt in längerer Aus-
führung die Beschlüsse der Kommission zur An-
nahme.

Abg. Dr. Bachem (Ztr.) dankt der Kom-
mission für den übersichtlichen Bericht, der in die-
ser Form dem Hause zum ersten Male vorliegt
und an dem der Referent einen erheblichen Antheil
hat. Man kann unsere Finanzlage nur eine durch-
aus günstige nennen. Wichtiger als die Uebersicht
über die preussische Vermögenslage wäre für uns
eine Uebersicht über die Finanzlage des Reiches.
Es entsteht die Frage, ob die künftigen Bedürf-
nisse des Staates aufgebracht werden sollen mehr
durch direkte oder durch indirekte Steuern; diese
Frage ist in dem Bericht nicht einmal gestreift;
er ergibt nur, daß die direkten Steuern in den
letzten Jahren sich ganz erheblich gesteigert haben;
aber noch erheblich gesteigert haben sich die in-
direkten Steuern, wenn auch in einem größeren
Zeitraum. Im Reich ist die Steigerung der
indirekten Steuern zu einer Höhe angeschwollen,
da eine weitere Erhöhung derselben bedenklich er-
scheint, nämlich wenn man bedenkt, daß von
den indirekten Steuern hauptsächlich ganz be-
stimmte Kreise der Bevölkerung getroffen werden.
Mit dem Verlangen der Kommission nach
Schuldentilgung sind wir wohl alle einver-
standen; wir warten alle auf den günstigen
Moment, damit zu beginnen; ob dieser Moment
schon da ist, sagt der Bericht nicht. Wenn auch
in dem Bericht über die Finanzlage des Reiches
geklagt wird, so muß dagegen protestiert werden, daß
das Schuldenmachen im Reich leichter genommen
werde als in Preußen. Allerdings hat sich hier
das Schuldenmachen ganz auf bewahrt; im
Reich ist das nicht der Fall, dort werden die
Schulden gemacht zu durchaus unproduktiven
Zwecken. (Sehr richtig!) Wenn man Schulden
tilgen kann und will, so soll man damit im
Reich anfangen, in Preußen werden wir kaum
in die Lage kommen, Anleihen zu unproduktiven
Zwecken machen zu müssen.

Auch dem 2. Absatz der Resolution siehe ich
sympathisch gegenüber, der gleiche Gedanke ist von
meinen Freunden oft genug ausgesprochen.

Der Punkt 3 anlangend, so möchten wir
zunächst wissen, ob eine feste Abgrenzung möglich
ist in den Reichsbedürfnissen (Abg. v. Buch ruf-
te: keine Verminderung der Einnahmen!) Ja glauben
Sie denn, die Einnahmen im Reich aus in-
direkten Steuern unbegrenzt vermehren zu können?
Ebenso könnte ich fragen: Wir können in
Preußen die Einnahmen unbegrenzt durch die
direkten Steuern vermehren. (Sehr richtig!
links.) Im Reich hat ein System strenger
Sparsamkeit Platz gegriffen; man ist dort eifrig
bemüht, die weitere Kontraktion von Schulden
zu vermeiden. (Auf: Na na!) Gegen diesen
Zwischenruf muß ich entschieden Verwahrung
einlegen. Man sollte nicht den Versuch machen,
in dieser Weise in die ohnehin schwierigen Ver-
hältnisse des Reiches einzugreifen. Für die
Punkte 1 und 2 der Resolution werde ich stim-
men. Der Punkt 3 lehne ich ab. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.): Der Vor-
schlag der Kommission und unsere Verabreden
sollen den Zweck verfolgen, den Reichstag
zu einer energischen Förderung seiner
Finanzen zu bestimmen. (Abg. Richter rief: Das
Gegentheil wird der Fall sein.) Wir wollen die
Mehrheit dieses Hauses nicht gegen die Reichs-
tagsmehrheit anspielen, aber das Verfahren des
Reichstages ist vom Standpunkte einer gesunden
Finanzpolitik von der Art, daß man dagegen ent-
schieden Verwahrung einlegen muß. (Abg.
Richter rief: Das geht Sie gar nichts an!) Ihre
Zwischenrufe gehen mich jedenfalls gar nichts an!
Schon Windthorst verlangte Steuerermäßigung
im Reich, um in Preußen Steuererleichter-
ungen zu schaffen. In der That
waren in Deutschland die indirekten Steuern
gegenüber anderen Kulturstaaten ganz ge-
waltig zurückgeblieben. Gewiß haben indirekte
Steuern den Nachtheil, daß sie leicht eine ge-
waltige Agitation entfesseln, wie wir das bei der
Tabaksteuer neuerdings gesehen haben. Aber ohne
neue Steuern geht es nicht, denn man kann doch
nicht glauben, daß unsere Mehrbedürfnisse etwa
durch die natürliche Vermehrung der bestehenden
Steuern gedeckt werden können; auch durch
Schuldenmachen können wir unsere Bedürfnisse
nicht decken, denn vom Schuldenmachen ist schwer
loszukommen und eine Tilgung ist schwer. Dann
bleiben uns aber in Preußen nur noch Zuschläge
zur Vermögens- und Einkommensteuer, und ob
das Zentrum solchen Zuschlägen zustimmen wird,
das glaube ich nicht, denn es würde sich um Zu-
schläge in Höhe von 25 Prozent handeln. Diese

Aussicht ist so wenig verlockend, daß ich glaube,
es wäre besser, die Bedürfnisse des Reiches aus
einer indirekten Steuer zu decken, zu der jeder
nach seiner freien Entscheidung beitragen kann,
wie dies bei der Tabaksteuer der Fall ist. In
jedem Falle müssen die Herren das Prinzip an-
erkennen, daß das Reich für seine Bedürfnisse
selbst sorgt, und wenn Preußen die Anregung
gibt, daß das Reich in dieser Richtung hin seinen
ihm obliegenden Verpflichtungen nachkommt. Es
ist durchaus nötig, daß dies ausgesprochen wird,
denn in der Weise, wie die Dinge sich im Reich
entwickeln, kann es nicht fortgehen. Ich bitte Sie,
den Punkt 3 der Resolution anzunehmen, er liegt
nicht bloß im Interesse Preußens, sondern auch
im Interesse des Reiches und auch für die übrigen
Einzelstaaten werden wir mit der Annahme der
Resolution ad 3 ein gutes Werk thun. (Beifall
rechts.)

Abg. Richter: Der Landtag, meine Herren,
ist eine Vertretung niedrigerer Ordnung (Wider-
spruch rechts), ja wohl, gegenüber dem Reichs-
tage! Es wäre eine Ueberhebung, wollte man es
hier anders auffassen. Die Sorgsamkeit ferner,
meine Herren, mit welcher der Reichstag seine
Budgetaufgaben aufstellt, steht wohlthätig ab von
der Leichtigkeit, mit welcher dieses Haus sein
Budget regelt. Was hat denn der Landtag dies-
mal an dem Budget geändert? Die Unterbrin-
gung der Pergamenten Alterthümer hat er ver-
hindert, das ist Alles, was er gethan hat. Das
Zentrum hat durch Herrn Bachem zu meiner
Freude die 3. Resolution der Budgetkommission
abgelehnt. Damit sind auch alle Spekulationen
gehehrt, welche auf eine Spaltung zwischen dem
Zentrum hier und im Reichstage hinauslaufen.
Es handelt sich bei diesem Bericht nicht um eine
Initiative aus diesem Hause, sondern um eine
bestellte Arbeit des Finanzministers. Aber dieselbe
hat sich etwas verspätet, der Reichstag hat schneller
geschaffen. Ob diese Arbeit daher noch etwas
aus den Reichstag einwirken wird in nächster
Session, ist noch zweifelhaft. Ich habe sonst
gegen den Bericht, — abgesehen von den Re-
solutionspunkten — nichts einzuwenden; denn dieser
Bericht konstatirt eine durchaus günstige Vermögens-
lage des preussischen Staates. Ginge es nach
Herrn Sattler allein, so wäre das in dem
Bericht noch viel deutlicher zum Aus-
druck gekommen. Es ist im Uebrigen aus
dem Bericht gar nicht zu ersehen, was
denn eigentlich in der Kommission verhandelt wor-
den ist. Erst aus dem mündlichen Referat des
Herrn Sattler erfahren wir, daß über die 3. Re-
solution zwei Stunden gesprochen worden ist, und
daß sich dafür eine große Begeisterung in der
Kommission überhaupt nicht gezeigt hat. Trotz-
dem fordert der Bericht, indem er ein Plüs der
Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge ver-
langt, mehr, als ursprünglich Herr Sattler in
seiner Denkschrift gefordert hat; denn Herr Sattler
wollte nur, daß die Ueberweisungen die Matri-
kularbeiträge decken sollten. Ebenfalls sind die
Resolutionen der Kommission nicht zu begründen
worden, als dies notwendig gewesen wäre. Was
zur Begründung in Bezug auf das Reich ange-
führt wird, beschränkt sich auf eine einzige Seite.
Dasselbe gilt von den Ausführungen über die
Eisenbahnverwaltung. Die Resolutionen an sich
sind ganz unbestimmt, sie fordern u. A. eine
„angemessene“ Schuldentilgung, das heißt da-
„angemessen“. Der Phantast ist da jeder Spiel-
raum gelassen. Und was heißt hier: Schuldentil-
gung. Will man alle Obligationen zurück-
kaufen, so lange noch fortbauend die Nothwendig-
keit besteht, neue Obligationen für Eisenbahnbauten
auszugeben. Das hieße doch nur, dem Walle
doppelt zu verbieten geben, ohne daß dazu eine
Nothwendigkeit vorliegt. Man kann doch nur den
Vermögensstand des Staates verbessern wollen.
Und da hat doch schon der Abg. Bachem es mit
Recht als Unnützes dieses Reiches bezeichnet,
daß der Vermögensstand des Staates ein günsti-
ger ist. Die Einnahmen des Staates aus ver-
bundenem Vermögen pro Kopf der Bevölkerung sind
seit 1889 von 14 $\frac{1}{2}$ Mark auf 4 Mark gestiegen
und überwiegen die Schuldzinsen des Staates
pro Kopf. Dabei hat Herr Sattler in seinem
Berichte mangelhafte Vermögensverbesserungen zu
erwähnen vergessen: so die 41 Millionen jährliche
Kapitalisierung aus den Mehrerträgen der Ein-
kommensteuer. Ich behaupte, daß das verbundene
Zinstragende Vermögen des Staates selbst in
1894-95 keine Verschlechterung erfährt, sondern
noch eine Verbesserung. Getilgt sind ferner seit
1883 (bis 1894) 601 Millionen, oder, nach Ab-
zug von Anleihen, rund 300 Millionen. Das
macht eine durchschnittliche Tilgung pro Jahr von
0,77 Prozent. Das kann ich nicht als eine „un-
angemessene“ Schuldentilgung ansehen. Die erste
Resolution verlangt aber auch Tilgung „auf ge-
setzmäßiger Grundlage“. Will man etwa den Gläu-
bigern das Recht auf Schuldentilgung wieder-
geben? Bei den Kommunen besteht ja allerdings
eine Amortisations-Verpflichtung. Aber auch diese
kann aus Zeiten, wo noch nicht die Nothwen-
digkeit unaufhörlicher neuer Anleihen für große
kommunale Zwecke, Kanalisation, Schlachthö-
fischer u. dgl. vorlag. Ich glaube, daß heutzutage
auch bei den Kommunen diese Verpflichtung keine
zeitgemäße mehr ist. Die zweite Resolution nun
will die Ueberschüsse der Eisenbahnen der Ver-
wendung für allgemeine Zwecke entziehen. Aber
diese Resolution ist auch nicht gerechtfertigt, denn
ich halte dafür, daß die Ueberschüsse der Eisen-
bahnen gar nicht derart schwankend gewesen sind,
daß es eines derartigen Schicksals bedarf. Die
Steigerung der Ueberschüsse ist eine stetige ge-
wesen, nur unterbrochen während zweier Jahre.
Und worauf geht diese Resolution denn eigentlich
hinaus. Wozu will man denn die Ueberschüsse
verwenden? Etwa zur Schuldentilgung? Zur
Tilgung der Eisenbahnschulden? In den letzten
13 Jahren sind aber noch 88 Millionen —
nämlich weit über 400 Millionen — mehr ge-
tilgt worden, als nach dem Garantiegesetz getilgt
werden sollte: pro Jahr 0,93 Prozent statt nur
0,75 Prozent! Nun giebt es ja noch eine Auf-
fassung, und diese vertritt Herr Hausmacher:
die ganzen Einnahmen der Eisenbahnen vom Umlage-
kapital abzuschreiben und nur noch zu den Ver-
triebskosten fahren zu lassen. Ich halte letzteres
nicht einmal für richtig. Ich würde schon sehr
trotz, m. H., wenn bei uns die jetzigen Zu-
sammenschlüsse Platz griffen, die Platz greifen
könnten, ob ne das die Einnahmen eine Einbuße
erfahren. Aber wir können ja nicht einmal
festsetzen, daß die Staffeltarife bestehen bleiben.
Ehe man überhaupt zu solchen Resolutionen
kommt, müßte eine viel gründlichere Untersuchung
der Verhältnisse der letzten Periode stattfinden.

Solche Forderungen führen nur zur Verwirrung.
Auf der einen Seite sagt man, wir müßten mehr
aufbringen, um ein Defizit von 57 Millionen zu
beseitigen, und auf der anderen Seite fordert man
erhöhte Schuldentilgung. Wie vereint sich das
mit einander? Meines Erachtens müßten wir
jedem Jahr eine Art Gewinn- und Verlust-Konto
aufstellen; das gäbe uns ein richtiges Bild, als
diese mehr kalkulatorische Arbeit hier! Zu be-
mängeln ist vor Allem auch, daß bei uns, im
Gegensatz zum Reich, die ganzen Anleihe-Kredite
außerhalb des Etats stehen, statt daß jährlich die
voranschläglichen zu verwendende Rate in den Etat
eingestellt wird. Und nun die 3. Resolution:
Da heißt es, die dauernde Ordnung unserer
Finanzen werde gefährdet durch die Verhältnisse im
Reich. Ja, weshalb hat man die Heeresvorlage
daraus beschließen wollen, ohne gleichzeitig für
die Deckung zu sorgen! Sollte wieder eine solche
Situation kommen, dann wird auch diese auto-
matische Regelung im Sinne des „Finanzreform“-
Entwurfes nicht helfen. Aber kann man denn
überhaupt behaupten, daß das Reich die einzel-
staatlichen Finanzen gefährdet? In den fünf
Jahren 1888-93 hat Preußen in jedem
Jahre mehr bekommen vom Reich, als es
etatmäßig veranschlagt hatte, insgesamt in
diesen 5 Jahren 112 Millionen Mark mehr!
Nun kann man ja sagen, aber die etat-
mäßige Festsetzung ist gestört worden. Aber wenn
man den Gesamtetat Preußens ansieht, so sind
die Unterschiede in den einzelnen Jahren in Be-
zug auf die Abrechnung mit dem Reich auch
keineswegs so überaus groß gewesen, daß man da
von einer „Störung der Ordnung“ der preussischen
Finanzen reden könnte. Die Resolution bedeutet
den Grundgedanken: die Militärlast in immer
weiterem Umfange durch indirekte Steuern von
mehrerem Klassen aufzubürden. Und mit
diesem Grundgedanken können wir uns am aller-
wenigsten einverstanden erklären. Dazu kommt
aber noch, daß wir im Reich einen beweglichen
Einnahme-Faktor nötig haben. Weder erinnert
dann noch besonders an die Erklärung Windthorst's
1887 im Reichstage, daß man mit den indirekten
Steuern unumkehrbar aufhören müsse.
Und angesichts der starken Vermehrung der
indirekten Steuern könne man in der That,
wenn man sich in die Nothlage versetzt sehe, sich
nur zu einer Erhöhung der direkten Steuern ent-
schließen. Diese ganze Debatte sei thöricht von
einem Zentrumsschleier für eine große Rückzugs-
kanonade des Finanzministers, die bestellt sei,
bezeichnet worden. Und so sei es auch wohl.
Aber diese Kanonade wird — so schließt Redner
— an der Thatfache der Niederlage des Finanz-
ministers im Reich nichts ändern. (Beifall bei
den Freisinnigen.)

Minister Miquel: Herr Richter hat sich
damit groß gethan, daß dieser Bericht zugehört,
die Vermögensbilanz Preußens sei eine gute. Als
ob das hiermit etwas zu thun hätte! Diese
ganz Gesandtenfrage der Bilanz Preußens hat
hiermit nichts zu schaffen. Hauptfrage ist, ob
eine Vermehrung der Einnahmen, entweder im
Reich oder in Preußen, erforderlich sei. Darauf
konzentriert sich die ganze Frage. Schon 1892/93
hatten wir ein Defizit von 25 Millionen, in
1893/94 70 000 000 Mark und in 1894/95 nach
dem Etat 55 Millionen. Dabei hat Herr Richter
niemals gegen die Vermehrung der Ausgaben
Protest eingelegt. Die Ausgaben sind eben früher
gestiegen worden in einer Selbsttäuschung über
die voraussichtlichen Einnahmen vom Reich; und
beßhalb gerade bedarf es organischer Einrichtungen,
um solche Selbsttäuschungen auszuheilen. Herr
Richter hat eine viel zu geschätzte Auffassung
von unserem Verhältnis zum Reich. Es handelt
sich aber hier um 2 Staatswesen. Das eine,
wir hier, ist angewiesen auf Einnahmequellen im
Reich, ohne darauf Einfluß nehmen zu können.
Herr Richter meint zwar, die Schwankungen in
unserer Abrechnung mit dem Reich seien nicht
so gar groß gewesen. Aber das ist doch eine
eigenthümliche Auffassung, denn während wir
früher große Summen vom Reich bekamen,
müßten wir sie jetzt zahlen, und solche Gläubig-
keit kein Einzelstaat, um das auszuhalten zu können.
Redner tritt sodann einseitig der Dar-
stellung Richters entgegen, als habe Preußen in
der Vergangenheit in Bezug auf Schuldentilgung
genug gethan. Namentlich sei es sehr zweifelhaft,
ob wir nicht in Bezug auf Aufnahme von An-
leihen für laufende Zwecke des Eisenbahnbetriebes
viel zu weit gegangen seien. Schon das zeige,
daß wir feste Bahnen, feste Grundlagen aufstehen
müßten für die Finanzverwaltung. Auch werde
man überall finden, daß die Bevölkerungen der
der Nothwendigkeit der Schuldentilgung durch-
drungen seien. Dem stehe auch nicht entgegen,
daß unser Staatsvermögen gewachsen sei, denn
letzteres ist nothwendig, wenn der Staat an Ent-
wicklung wachsen solle. Bismarck habe früher
einmal ganz andere Auffassungen von der Schuld-
entilgung bekundet, als Richter. Eine Schuldentil-
gung ist hier um so mehr am Platze, als das
Reich im Wesentlichen unproduktive Ausgaben
mache. Selbst wenn unsere Einnahmen aus den
Eisenbahnen wäßen, so würden doch im
mindestens denselben Betrag die Matrikular-
beiträge, die wir an das Reich zu
zahlen haben, steigen. Wir würden
so ein dauerndes Defizit von 36-46 Millionen
haben und dieses durch Erhöhung der direkten
Steuern decken müssen. Ich mache darauf auf-
merksam und begreife es mit Freuden, daß diese
Erhöhung der direkten Steuern auch Herr Bachem
empfohlen hat. Dieses Haus hier hat ja auch
schon wiederholt die unbemittelten Schulden ent-
lastet und die wohlhabenderen belastet, dieses selbe
Haus, das Herr Richter ein untergeordnetes nennt.
Mit so allgemeinen Vermuthungen, daß indirekte
Steuern die unteren Klassen belasten, ist über-
haupt nichts gesagt: ist etwa die Weinstener keine
Zusatzsteuer? Hier handelt es sich darum, soll das
Reich seine eigenen Ausgaben selber aufbringen,
oder weiter mit dem Bettschale herumlaufen?
Alle Urtheilsfähigen (Heiterkeit links) sind der An-
sicht, daß eine Auseinandersetzung mit den Einzel-
staaten stattfinden muß. Die Geschichte aller
Staaten ist ein solches Finanzverhältnis, wie es
zwischen dem Reich und den Einzelstaaten besteht,
auf die Dauer unmöglich erscheinend. An solchen
Körnermonaten ist das heilige römische Reich
deutscher Nation zu Grunde gegangen. Wer es
wohlmeint mit der Nation, muß diese Ausein-
anderlegung herbeiführen wollen, — in irgend
einer Weise. Die Form ist mir gleich, es kommt
mir nur auf die Sache an. (Heiterkeit links.)
Kann Jemand was Besseres finden, als ich vor-
geschlagen, mag er es thun. Die Matrikular-

beiträge sollen heute ein großes konstitutionelles
Recht sein. Eine Kalkulator-Arbeit ist es und
diese Kalkulator-Arbeit lasse ich Ihnen ja! Die
Bemängelungen der vorliegenden Resolutionen
durch den Abg. Richter theile ich in keiner Weise.
Der Bericht soll bestellte Arbeit sein, sagt Herr
Richter. Ich habe aber diese Denkschrift absicht-
lich nicht selbst verfaßt, aber ich habe den Landtag
aufgefordert, über die Finanzlage Klarheit und
Licht zu verschaffen. Wenn das dem Abg. Richter
unangenehm ist, so sind ihm in diesem Falle also
auch Klarheit und Licht unangenehm. Der
Minister pflichtet sodann noch den Resolutionen
im Einzelnen bei. Neue Mittel müßten geschafft
werden. Wie oft seien nicht hier schon nötige
und nützliche Ausgaben verweigert worden: für
Lehrer, für Kunst und Wissenschaft u. s. w. Die
Signatur im Reich und hier ist — ich muß das
harte Wort aussprechen (Heiterkeit), — daß wir
uns viel zu viel Ausgaben erlaubt haben gegen
die Mittel, die uns zur Verfügung standen.
(Richter: Sehr richtig! Heiterkeit.) Wollen Sie
meine Mittel nicht, so verlange ich von einem
erfahrenen Finanzpolitiker, daß er mir bessere Wege
zeigt. Es handelt sich hier um vitale Interessen
und der preussische Landtag ist berechtigt, zu ze-
gen, wie er zu diesen Fragen steht, da doch auf
seinen Rücken schließlich die Schläge fallen. Bei
der preussischen Regierung hat sich in dieser Frage
nichts seit dem vorigen Jahre geändert, auch nicht
bei der Reichsregierung, wie ich aus den Er-
klärungen des Herrn Reichsfinanzministers am Schluß
der Session entnehmen muß. Ein Beschluß dieses
Hauses wird sicherlich einen großen moralischen
Eindruck machen — auf den Landtag und auch
auf das preussische Volk. (Beifall rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen
Verathung.
Schluß 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 4. Mai. Das Staatsmini-
sterium wird morgen eine Sitzung abhalten, wahr-
scheinlich um über den Termin des Landtags-
schlusses zu entscheiden.

Wie verlautet, wird das Abgeordnetenhaus
morgen (Sonnabend) die Pfingstferien be-
ginnen und am Mittwoch nach dem Pfingstfeste
wieder zusammentreten.

Der Hauptvorstand des katholischen
Lehrervereins im Regierungsbezirk Wiesbaden hat
Gelegenheit erhalten, sich von der merkwürdigen
Lehrervereinlichkeit des ultramontanen Herrschers
Dr. Vieber wiederholt zu überzeugen. Auf frühere
Rathschläge Dr. Viebers fußend, hatte die Ge-
meinde Niederleibitz die von der Regierung ge-
forderte Erhöhung der Lehrergehälter abgelehnt.
Hierauf wandte der obgenannte Vorstand
sich an Dr. Vieber mit der Begründung, daß
der Verein auch die materiellen Interessen des
Lehrerstandes fördern müsse, und sprach sein
Verdauern über den Vorgang aus, indem er hin-
zufügte:

„Zugegeben, daß der Standpunkt, welchen
Hr. Hochwohlgeboren in dem an den Bürger-
meister von Niederleibitz gefaßten Schreiben ver-
treten, worin die Rechte der Gemeinden ge-
wahrt wissen wollen, formell als durchaus korrekt
erscheint, so ist es doch höchst bedauerlich, daß
hierbei die begründeten Rechte der Lehrer voll-
ständig bei Seite gesetzt werden. Ist doch der
Anspruch der Lehrer auf eine bescheidene Ent-
schädigung — mehr ist nirgends verlangt worden — ein so
natürliches Recht, daß er selbst von Gegnern un-
seres Standes nicht bestritten wird. Bedeutet
man nun noch, daß es sich um solche Orte han-
delt, welche nicht nur keinerlei Gemeindeabgaben
erheben, sondern außer verschwindenden Zuwendungen
an die Bürger auch noch eine namhafte Summe
kapitalisieren, so muß die Sache doch auch selbst
denjenigen, der das Interesse der Gemeinde ins
Auge faßt, doch in ganz anderem Lichte erscheinen.
Indem wir uns erlauben, Hr. Hochwohlgeboren
Vorlesendes ergebenst zu unterbreiten, können wir
nicht umhin, die Ueberzeugung des Gesamtvor-
standes hier zum Ausdruck zu bringen, daß durch
derartige Vorurtheile den Bestrebungen des
katholischen Lehrervereins in hiesigen Bezirken be-
deutende Hindernisse bereitet werden, und daß sie
keineswegs geeignet sind, diejenigen katholischen
Lehrer, welche unsern Vereine noch fern stehen,
für unsere Sache zu gewinnen, daß sie vielmehr
dazu angethan sind, auch solche Lehrer, welche sich
bereits zu unserer Fahne bekannt haben, den katho-
lischen Bestrebungen zu entfremden und uns ge-
nerelle Lagen zu treiben.“

Dr. Vieber ertheilte hierauf schneidig und
scharf folgende Antwort, die nicht nur die Lehrer
des Unterwerfungsbezirk, sondern überhaupt der
in Bismarck gegründete katholische Lehrerverein
sich wohl merken werden:

„Geehrte Herren! In ergebenster Bestätigung
des heutigen Empfanges der adhibirten Zuschrift
vom 28. d. M. erlaube ich mir, dem hochgeehrten
Hauptvorstande des katholischen Lehrervereins
ebenmäßig zu bemerken, daß ich mir jede an mich
gerichtete Kritik meiner Thätigkeit als Abgeordneter,
sei es im Parlament, sei es im Bezirk mit
Wählern, seitens des Vorstandes so höflich wie be-
stimmt verbitte, wie ich denn die vorliegende
Kritik hiermit aufs unzweideutige zurückweise
und jedes Eingehen darauf gänzlich ablehne,
dies um so mehr, als ich der gleichzeitigen freund-
lichen Beurtheilung meiner Thätigkeit als Ge-
meindevorsteher zu Kamberg zu Gunsten des dor-
tigen Volksschullehrers absetzen des verehr-
lichen Vorstandes, unverdächtig genug, nicht habe
theilhaft werden können.“

Belgien.

Lüttich, 3. Mai. Heute Abend 11 $\frac{1}{2}$ Uhr
sah vor dem Hause des Dr. Renjon in der Rue
de la paz eine Dynamitexplosion statt, durch
welche beträchtliche Verwundungen angerichtet wur-
den. Dr. Renjon und dessen Frau wurden ver-
wundet, der untere Theil des Gebäudes wurde er-
heblich beschädigt, die Verkleidung des Hausflurs
vernichtet. In den benachbarten Häusern zer-
brachen zahlreiche Fensterhebel. — Ueber die
Explosion in dem Hause des Dr. Renjon wird
weiter gemeldet: Als Dr. Renjon mit seiner Ge-
mahlin und dem befreundeten Dr. Bodart sein
Haus betrat, bemerkte er einen Behälter mit Bren-
nender Unte; als Renjon den Behälter anhub,
erfolgte die Explosion. Renjon stürzte mit Blut
überströmt zu Boden und erlitt einen Beinbruch
sowie Verwundungen an der Brust, auch wurde
der Verlust des Augenlichtes befürchtet. Die Ge-

mahlin Renjons wurde am Arm verwundet und
erlitt einen heftigen Blutverlust. Dr. Bodart
wurde an den Beinen verwundet. Außerdem
erlitt ein Passant, dessen Persönlichkeit nicht fest-
gestellt ist, Verwundungen. Die Gräber des
Altentats sind unbetamnt, auch fehlt bisher jede
Spur von dem Thäter. Der Zustand des Dr.
Renjon ist sehr ernst. Das Befinden der beiden
anderen Verletzten ist verhältnismäßig gut. Eine
große Menschenmenge bewegt sich vor dem Hause,
in dem die Explosion erfolgte. Während der
Nacht verhaftete die Lütticher Polizei 13 Anarchisten.
In der Stadt herrscht lebhaftes Erregung.

Frankreich.

Der zum Chef des Generalstabes der franzö-
sischen Armee ernannte General Raoul Francois
Charles de Maitre de Voisefre ist am 6. Fe-
bruar 1839 zu Alencon geboren. Er entstammt
einem alten Geschlechte der Normandie, dessen
Mitglieder seit 200 Jahren im Heere ge-
wesen. 1860 aus der Militärschule von Saint-
Cyr hervorgegangen und 1863 zum Lieutenant
befördert, machte er die Generalschule durch
und rückte, nachdem er in Algerien gestanden
hätte, zum Kapitän auf. Als der Krieg 1870
ausbrach, befand er sich in Paris. General
Trochu beauftragte ihn im Verlaufe der Belage-
rung, dem General Chanzy einen Bericht über
die militärische Lage der Hauptstadt und der mit
ihrer Vertheidigung betrauten Truppen zu er-
statten. Es handelte sich darum, zur Voire-Armee
zu gelangen. Paris war ringsum fest einge-
schlossen. Es gab nur einen Weg, auf dem sich
der Auftrag erfüllen ließ; dieser ging durch die
Veste. Der Kapitän schlug ihn ein, und der
Batalion, der ihn trug, landete glücklich in Beau-
fort. Um ihn zu befehlen, beauftragte General
Chanzy seine Beirathung zum Generalstab und
behielt ihn als Adjutanten bei sich. Das Ver-
hältnis zwischen beiden gestaltete sich zu einem
tunigen und dauernden, 13 Jahre später wurde
es durch Chanzy's Tod gelöst. Als dieser nach
Beendigung des Krieges das Generalkommando in
Tours übernahm, begleitete ihn der Kommandant
de Voisefre, und als der General 1873 nach
Algerien versetzt wurde, folgte ihm de Voisefre
über das Meer. Von Afrika gingen sie zu-
sammen nach Petersburg, wo Chanzy 1879 als
Vizepräsident beglaubigt wurde, und Ende 1881
nach Chalons sur Marne, wo dieser an die Spitze
des 6. Armeekorps trat. Nach Chanzy's am 5.
Januar 1883 erfolgtem Tode wurde de Voisefre
zum Kommandeur des 106. Infanterie-Regiments
ernannt. Sein Gönner wurde jetzt General de
Witbel. Dieser machte ihn zum Chef des Ge-
neralstabes des 6. Armeekorps, beauftragte seine For-
derung zum Brigadegeneral und berief ihn
dann zu sich in den Generalstab, dessen Chef er
war, nach Paris. Im Juli 1892 wurde de
Voisefre zum Divisions-General ernannt. Als
solcher befehligte er die 9. Infanterie-Division.
General de Witbel, der im September 1893 ge-
storben ist, erblickte in ihm schon damals seinen
Nachfolger. General de Voisefre, der gegen-
wärtig 55 Jahre alt ist, erreicht die Altersgrenze,
die seiner weiteren dienstlichen Wirksamkeit ein
Ziel setzen würde, erst im Jahre 1904.

Ungedruckte Briefe Schillers.

Von
Rudwig Geiger.

Gelegentlich hört man den Vorwurf, daß die
Literaturhistoriker Schiller über Goethe vernach-
lässigten. Doch ist dieser Vorwurf nur halb be-
gründet. Es mag kurzzeitige geben, die in ein-
seitiger Ueberschätzung Goethes das Verdienst
Schillers nicht völlig erkennen. Doch zeigt ein
Blick auf unsere wissenschaftlichen Zeitschriften und
auf die zu Schul- und Gelehrtenzwecken veran-
stalteten Klassikerausgaben, daß Schiller durchaus
die gebührende Ehre erhält. Nur darf man nicht
vergessen, daß bei ihm das Material fast erschöpft
ist, so daß es sich im wesentlichen um eine Be-
arbeitung handeln kann, bei Goethe dagegen das
Neue maßlos aufströmt. Schillers schriftliche
Hinterlassenschaft ist in Folge seines kurzen Lebens
und seiner oft gestörten Gesundheit eine verhält-
nismäßig kleine, diejenige Goethes hingegen, gemäß
seinem langen Leben, seiner fast ungestörten Ge-
sundheit und den großen Vorkursen, über die er
gebot, eine enorme. Zudem stand Schillers Nach-
laß lange vor seiner Ueberantwortung an das
Goethe-Schiller-Verein in Weimar schon seit
1867, seit dem Beginn der durch die Cottasche
Buchhandlung veranstalteten großen historisch-
kritischen Ausgabe seiner Werke jedem Forscher
offen. Goethes Nachlaß dagegen ist erst seit der
hochherzigen Schenkung des letzten Goethe an die
Großherzogin von Sachsen der Forschung er-
schlossen. Während jene historisch-kritische Aus-
gabe außer dem eigentlich dramatischen Nachlaß,
d. h. eben unvollendeten Fragmenten, nicht viel
Ungedrucktes bot, erst seit aus Goethes Nachlaß
auch außer dem wirklich Ungedruckten, theils dem
nicht Fertiggewordenen, theils dem absichtlich
Ausgeschlossenen, für die längst bekannten Werke
Goethes eine ungeahnte Fülle abweichender Les-
arten, früherer Bearbeitungen, verworfener
Fassungen. Ganz anders als bei Schiller kann
man in Goethes Arbeitsstätte bilden und ein
poetisches oder wissenschaftliches Werk gleichsam
erschaffen sehen.

Neulich, ja vielleicht noch ungünstiger für
Schiller ist das Verhältnis bei den Briefen
beider. Während Schillers Nachlaß im wesent-
lichen nur Briefe von anderen an Schiller bot
und Konzepte von Briefen Schillers eigentlich gar
nicht enthielt, braucht man für die letzten dreißig
Jahre von Goethes Leben kaum die Originale
seiner Briefe zu kennen, um doch ziemlich voll-
ständig die ganze Briefmasse zusammen zu haben.
Denn bei der förmlichen Kanzlei, die Goethe
unterstellt, bei der peinlichen Ordnung, die er sein
ganzes Leben hindurch verfolgte, fanden sich außer
den zahlreichen, nach Jahrgängen geordneten
Bänden der eingegangenen Briefe auch die
Konzepte der Briefe vor, die er aus Weimar er-
gehen ließ. Der Herausgeber von Goethes
Briefen in der großen Weimarer Ausgabe, E. von
der Hellen, war daher in der glücklichsten Lage,
aus dem Weimarer Archiv, an dessen Wahrung
und Ordnung er theilnahm, eine sehr erhebliche
Zahl von ungedruckten Briefen, theils aus den
Konzepten, theils aus den Originalen mitzutheilen,
eine Zahl, die in dem neuen Bande dieser Briefe
etwa ein Fünftel der Briefe ausmachte. Viel un-
günstiger gestaltete sich die Sache für den Heraus-
geber der Briefe Schillers. Der Gelehrte, der das

theilhaftes sticht zu stellen. — Herr H. Silberbrand brachte außer einer Arie von C. S. Bach ein Thema und Variationen von Thiele in ganz vortheilhafter Weise zu Gehör. Schon bei klarer Durchsührung der stimmungsvollen Bach'schen Tonfassung ließ den geübtesten Orgelspieler erkennen; die glänzende Ausführung der Thiele'schen Komposition gestaltete sich zu einer Leistung par excellence. Bei meisterhaft ausgeführter Registrierung präsentirte sich die Orgel hier unter den Händen des talentvollsten Spielers in einer so inschönen Weise, wie wir es selten hörten.

12 1/2 %	263,50	Italien. Pl. 10 L.	5 1/2 %	72,36
—	95,90	Petersburg 3 Rbl.	6 %	217,90
2 1/2 %	74,09	do. 3 R.	6 %	215,95
0 %	88,00			

9. Mai

Haupt-
treffer
i. W. v.

Vier- und Zweispännige Equipagen. Eine grosse Anzahl edler Pferde.

F. A. Schrader, Hannover,
Gr. Packhofstr. 29.

Paradeplatz 15, Restaurant.